

Die Entspannung für die Wiedervereinigung des Landes

Die deutsch-koreanische Tagung über die Teilung und Wiedervereinigung des Landes (Malente, 9. bis 13. April 1973)

YOUN-SOO KIM

1. Vorbemerkung

„Obwohl die deutsche wie die koreanische Nation durch die Teilung in zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ein gleiches politisches Schicksal erfahren haben, müssen die Möglichkeiten einer jeweiligen Wiedervereinigung unterschiedlich beurteilt werden . . . Danach beurteilen die Koreaner die deutsche Ostpolitik der Bundesregierung Brandts in gewisser Weise als Modellfall für ihre Bemühungen um eine nationale Wiedervereinigung.“ Dies ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen „Arbeitstagung über die Teilung und Wiedervereinigung des Landes: Deutschland und Korea“ in Malente, Schleswig-Holstein, an der Politologen und politische Experten aus der Bundesrepublik und Südkorea teilnahmen.

Diese erste rein wissenschaftliche „Deutsch-Koreanische Tagung über die Teilung und Wiedervereinigung des Landes“ fand im Malenter „Haus Seehof“ vom 9. bis zum 13. April statt. An ihr nahmen jeweils 15 Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea mit drei Referenten teil. Sie wurde von der „Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e. V.“ (Leiter: Heinz Kade und Friedrich Büßen) in Zusammenarbeit mit der „Korea-Studiengruppe“ (Leiter: Dr. Youn-Soo Kim) durchgeführt, während das Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen die Kosten übernommen hatte.

Auf der Tagung wurden zwei Themen, nämlich die historisch-politische Untersuchung von der Teilung des Landes bis zur heutigen Lage des geteilten Staates und die gemeinsamen Möglichkeiten zur Lösung der Frage der „Wiedervereinigung des Landes“ erarbeitet. Die drei Hauptthemen der Tagung und Referenten waren:

1. Die Teilung des Landes

KOREA

Referent: Yung-Kee Lee, M. A., Arbeitsstelle für die Politik Chinas und Ostasiens an der Freien Universität Berlin.

Korea wurde nicht durch eine internationale Konferenz – Kairo oder Potsdam – sondern durch die amerikanische Militärpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, die in MacArthurs „General Order No. 1“ ihren Ausdruck fand, geteilt. Stalin ließ Korea am 12. August 1945 – nach der Jalta-Konferenz unberechtigt – besetzen. Gegen diesen Vormarsch konnten die USA unmöglich eine Militäraktion in Korea durchführen. Nun wurde mit der General Order von MacArthur vom 2. 9. 1945 der Einmarsch der UdSSR in das Gebiet nördlich des 38. Breitengrades gleichsam legalisiert.

DEUTSCHLAND

Referent: Dipl.-Volkswirt Friedrich Büßen, Gesellschaft für Politik und Bildung, Schleswig-Holstein e. V. Kiel.

Der Aufteilungsgedanke hat seine konkrete Form in einem präzisen Vorschlag Roosevelts auf der ersten Zusammenkunft der Großen Drei in Teheran gefunden (1943). Er wurde dann

immer wieder gut geheißenen. In den USA erhielt er eine Variante im sogenannten Morgenthau-Plan; auf der Konferenz von Jalta (1945) endlich erfolgte die offizielle Einigung über die künftige Zergliederung des Reichsgebietes. Stalin war bereit, Deutschland nicht zu teilen, falls Deutschland in seiner politischen Einflußsphäre bliebe, während sich Frankreich nicht nur gegen die Zulassung von Parteien in ganz Deutschland, sondern auch gegen die Einrichtung einer zentralen Verwaltung in Deutschland aussprach. Der Gegensatz der politischen Interessen Moskaus und Washingtons führte zur Vertiefung der Teilung Deutschlands.

2. Das geteilte Land

KOREA; ROK und DVRK

Referent: Dr. Youn-Soo Kim, Institut für Recht, Politik und Gesellschaft der sozialistischen Staaten an der Universität Kiel.

Nord- und Südkorea geben nicht zu, daß sie beide heute danach streben, dasselbe politische Ziel, nämlich „Chuch'e“, zu erreichen. Chuch'e bedeutet „Politische Unabhängigkeit, Wirtschaftliche Autarkie und Nationale Selbstverteidigung“ (Rodong-Shinmun, 17. 9. 1967 und Choson-Ilbo, 1. 1. 1972). Zum erstenmal hat Kim Il-Song die Chuch'e-Politik nach dem Korea-Krieg im Jahre 1953 angenommen, und seit 1963 versucht Nordkorea die wirtschaftliche Autarkie zu erreichen, weil sie die Bedingungen der politischen Unabhängigkeit ist“ (Rodong-Shinmun, 23. 4. 1963).

Südkorea unter der Führung von Staatspräsident Park Chung-Hee kämpft heute für das Ziel, die „Nationale Selbstständigkeit – Chuch'e – zu erreichen“ und dafür muß Südkorea den Dritten Fünf-Jahresplan erfolgreich durchführen (Choson-Ilbo, 9. 2. 1971 und 17. 8. 1971). Dabei muß man die politische Bedeutung beider Wirtschaftspläne, d. h. den Sechs-Jahresplan für Nordkorea (1971–76) und den Dritten Fünf-Jahresplan für Südkorea (1972–76) richtig verstehen. Pyongyang und Seoul haben den direkten Dialog begonnen, aber er ist nur eine „Exploration“ für die Entspannung, nicht der Weg der Wiedervereinigung des Landes. Ganz Korea muß zuerst die Chuch'e erreichen.

B. DEUTSCHLAND: BRD und DDR

Referent: Dr. Ernst-Uwe Barten, Institut für Recht, Politik und Gesellschaft der sozialistischen Staaten an der Universität Kiel

Deutschland ist kein geteiltes Land mehr. Aus der Teilung ist eine grundsätzliche Trennung in zwei gegensätzliche Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen entstanden, die international in gegensätzliche Wirtschafts- und Militärböcke eingeordnet sind. Diese gegensätzlichen ökonomischen und politischen Strukturen haben auch schon zu gegensätzlichen, die Trennung der Staaten vertiefenden Haltungen und Einstellungen bei den Bürgern der jeweiligen Staaten geführt. Gemeinsam ist beiden Staaten allein die politische und rechtliche Diskriminierung ihrer Systemgegner, wobei die Intensität dieser Diskriminierung aufgrund der noch nicht stabilen politischen Verhältnisse in der DDR überwiegt. Es gibt auch keinen historisch legitimen Anspruch der Deutschen auf Wiedervereinigung in einem Staat. Großdeutschland war und wäre ein Störfaktor in Europa.

3. Die Wiedervereinigung des Landes

Referent: Dr. M. Y. Cho, Institut für Asienkunde, Hamburg. Dr. Peter Bander, Westdeutscher Rundfunk, Berlin

Es gibt heute keinerlei Ausichten für die Wiedervereinigung Deutschlands. Der wesentliche Hinderungsfaktor ist die in Deutschland vorgenommene Abgrenzung der Interessen der Großmächte. Aber die Ostpolitik Brandts könnte die „echte“ Entspannung zwischen Bonn

